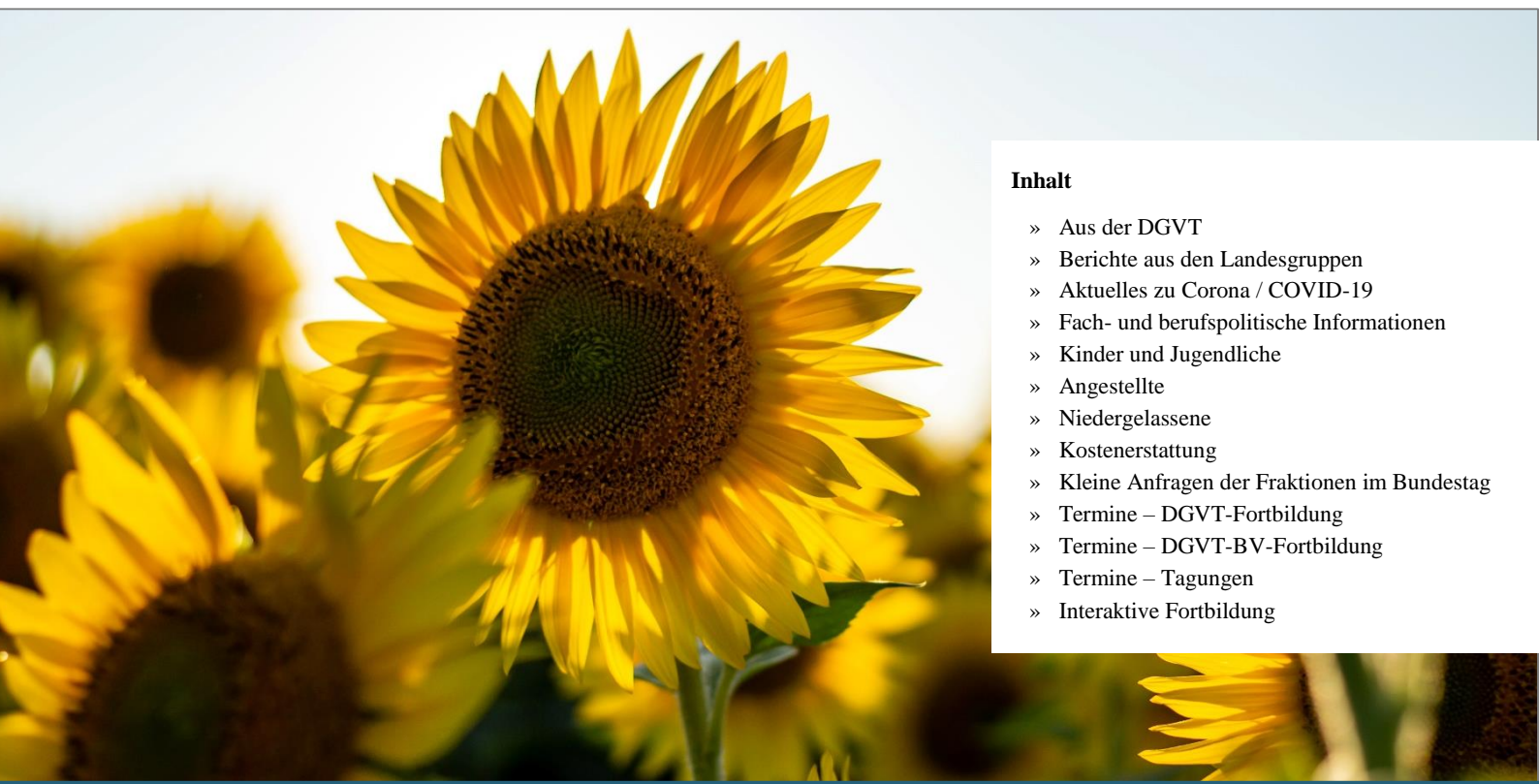


Aktuelles aus der psychosozialen Fach- und Berufspolitik der DGVT und des DGVT-BV

Ausgabe 5/2020 – 24. Juli 2020



Inhalt

- » Aus der DGVT
- » Berichte aus den Landesgruppen
- » Aktuelles zu Corona / COVID-19
- » Fach- und berufspolitische Informationen
- » Kinder und Jugendliche
- » Angestellte
- » Niedergelassene
- » Kostenerstattung
- » Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag
- » Termine – DGVT-Fortbildung
- » Termine – DGVT-BV-Fortbildung
- » Termine – Tagungen
- » Interaktive Fortbildung

Liebe Mitglieder,

kurz vor der Sommerpause wurden noch einige Gesetze auf den Weg gebracht. Für unseren Bereich besonders relevant ist das Patientendaten-Schutzgesetz. Nach kontroverser Debatte in den letzten eineinhalb Jahren ist im Gesetz nun geregelt, dass Psychotherapeut*innen und Ärzt*innen, anders als zunächst vorgesehen, nur begrenzt Daten in der ePA eintragen. Die Umsetzung in die psychotherapeutische Praxis werden wir weiterhin kritisch begleiten. Das Gesetz wurde vom Bundestag Anfang Juli beschlossen und soll im Herbst in Kraft treten.

Eine wichtige Initiative hat die Bundesjustizministerin in Gang gebracht. Anfang Juli wurde ein Reformpaket zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder vorgestellt, das den Schutz von Kindern durch schärfere Strafen, effektive Strafverfolgung und Prävention verbessern soll. Hier soll auch die umstrittene Begrifflichkeit „sexueller Missbrauch“ durch den künftigen neuen Begriff "sexualisierte Gewalt gegen Kinder" ersetzt werden. Die Initiative ist eine Reaktion auf die erschütternden Gewalttaten, die in den letzten Wochen aufgedeckt wurden.

Die Möglichkeiten der Video-Behandlung wurden auch im dritten Quartal 2020 von der KBV und den Kassen verlängert. Die wichtigsten Informationen rund um die Praxisführung in Zeiten von Corona haben wir in der Rubrik Niedergelassene dargestellt.

Das 5-jährige Bestehen des Präventionsgesetzes haben wir zum Anlass genommen, im Rahmen einer ausführlichen Stellungnahme kritisch zurückzublicken auf das, was schon erreicht wurde. Gleichzeitig möchten

wir damit auch wichtige Ansatzpunkte für die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Prävention im Bereich der psychischen Gesundheit aufzeigen – ein Schwerpunktbereich der politischen Arbeit unseres Verbands.

Wir wünschen Ihnen allen - trotz der besonderen Umstände während der Pandemie - eine erholsame und gesunde Sommerzeit.

Mit den besten Grüßen

Aline Schneider, Kerstin Burgdorf und das Team aus der Bundesgeschäftsstelle

Aus der DGVT

- **Ankündigung der Mitgliederversammlungen DGVT und DGVT-BV**
Unsere diesjährigen Mitgliederversammlungen finden am 27. November 2020 ab 14 Uhr in Berlin statt. Bitte beachten Sie, dass die Einladungen und alle weitere Informationen dazu der nächsten VPP beiliegen, die Mitte August versendet wird.
- **DGVT und webPRAX treiben internationales Hilfsprojekt voran**
Die meisten Menschen, die in internationalen Krisenregionen leben, können von einer medizinischen Versorgung, so wie wir sie in Deutschland genießen, nur träumen. Dies gilt genauso für psychologische Betreuungsangebote, wobei es diesbezüglich auch in Deutschland noch Verbesserungspotential gibt. Oftmals finden Opfer von Krieg, Misshandlung, sozialer Isolation und Unterdrückung nicht einmal eine Person in ihrem Umfeld, mit welcher sie über ihre Probleme sprechen können.
Daher soll ein neuartiges Netzwerk von Psychologischen Psychotherapeut*innen aus westlichen Industrieländern aufgebaut werden, die bereit sind, diesen Menschen über eine Videoplattform ehrenamtlich mit Ihrem Fachwissen und Ihrer Empathie zur Seite zu stehen. Eine Therapiestunde pro Monat reicht vollkommen aus, um einen Beitrag zu leisten.
webPRAX stellt für diesen Zweck ihre Online-Therapie-Plattform kostenlos zur Verfügung und die DGVT beteiligt sich tatkräftig an der Suche nach interessierten Helfer*innen.
Fühlen Sie sich berufen?
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Fünf Jahre Präventionsgesetz – eine Zwischenbilanz**
Am 25. Juli 2020 ist das „Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention“, kurz Präventionsgesetz, seit fünf Jahren in Kraft. Die fällige Zwischenbilanz der Wirkungen dieses Gesetzes fällt nach Einschätzung der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) und ihres Berufsverbands DGVT-BV durchaus zwiespältig aus.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Stellungnahme der DGVT und des DGVT-BV: Das Tabakwerbeverbot kommt endlich auch in Deutschland**
Als letztes Land in der Europäischen Union hat nun der Bundestag am 2. Juli 2020 auch für Deutschland ein weitreichendes Tabakwerbeverbot beschlossen. Ein längst überfälliger Zwischenschritt, es darf aber nicht die letzte Anstrengung im Kampf gegen Tabakkonsum und Nikotinsucht sein.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Online-Umfrage des Nationalen Netzwerks Frauen und Gesundheit zu Körperoptimierung und ästhetischen Eingriffen startet – die DGVT macht mit**
Das Nationale Netzwerk Frauen und Gesundheit möchte durch eine Online-Umfrage Informationen rund um das Thema Schönheitsoperationen sammeln. Die Ergebnisse will das Nationale Netzwerk Frauen und Gesundheit der Politik präsentieren, um sich für eine gute Versorgung im Hinblick auf Aufklärung, Sicherheit und Qualität bei Schönheitsoperationen einzusetzen. Als Mitglied des Nationalen Netzwerks Frauen und Gesundheit unterstützt die DGVT die aktuell laufende Umfrage. Wir

bitten Sie, in Frage kommende Personen auf diese Online-Befragung aufmerksam zu machen, damit möglichst viele an der Befragung teilnehmen können.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Berichte aus den Landesgruppen

- **NIEDERSACHSEN**
Unsere DGVT/-BV-Kammergruppe in Niedersachsen „VT in Kooperation“ hat einen sehr informativen Bericht zur konstituierenden Kammerversammlung der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen am 20.06.2020 verfasst.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **SCHLESWIG-HOLSTEIN**
In Schleswig-Holstein ging die Kammerwahl zu Ende. Unsere DGVT/-BV-Kandidat*innen traten zur Wahl auf der Liste KamOn an, welche insgesamt neun Sitze erhielt und damit einen zusätzlichen Sitz gegenüber der vorangegangenen Wahlzeit gewinnen konnte. Gewählt wurden Diana Will, Bernhard Schäfer, Detlef Deutschmann und Klaus Thomsen. Detaillierte Informationen zum Wahlergebnis gibt es [hier](#). An alle Gewählten ganz herzliche Glückwünsche!

Aktuelles zu Corona / COVID - 19

- **TK-Umfrage zur Coronakrise: Jede*r Zweite fühlt sich stark belastet**
Die Ergebnisse einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Techniker Krankenkasse (TK) zeigen, dass Angst vor Ansteckung, Social Distancing und Kurzarbeit viele Menschen in den letzten Monaten auf eine psychische Belastungsprobe stellen. 50 % der Befragten gaben an, sich während Corona häufig oder manchmal gestresst zu fühlen. Besonders belastet 80 % der Befragten der fehlende Kontakt zu Familie und Freunden. Am zweithäufigsten wurde als Belastungsfaktor die Angst vor einer Corona-Erkrankung der Angehörigen genannt (57 %). Kita- und Schulschließungen (56 %) nannte jede*r Zweite. Ebenso die Angst vor einem Zusammenbruch der Wirtschaft (50 %).
Für die Umfrage "Corona 2020" im Auftrag der Techniker Krankenkasse befragte das Meinungsforschungsinstitut Forsa vom 13. - 26. Mai 2020 1.000 Personen zur Corona-Zeit. Die Befragten repräsentieren einen Querschnitt der volljährigen Bevölkerung in Deutschland.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Erste Ergebnisse der 2. OPK-Blitzumfrage zur aktuellen Situation mit COVID-19**
Die OPK hat eine Online-Umfrage unter ihren Mitgliedern durchgeführt, deren erste Ergebnisse im OPK-Magazin am 23. Juli 2020 veröffentlicht wurden. Insgesamt 771 Teilnehmer*innen haben die Umfrage komplett abgeschlossen. Bei der Umfrage ging es darum, zu erfahren, wie die Kolleg*innen die aktuelle Situation handhaben, wie und ob die Videosprechstunde in die Therapie integriert wird und vor allem auch, wie man in Zukunft damit umgehen will. Die ersten Ergebnisse finden Sie [hier](#).
- **Herausforderungen, Ziele und Maßnahmen aus psychologischer Sicht zur Bewältigung der COVID-19-Krise – ein Konzeptpapier**
In einem Konzeptpapier zu den psychologischen Herausforderungen, Zielen und Maßnahmen im Umgang mit der Pandemie werden die Kernthemen Stimmungswandel, Schutzverhalten, psychische Folgen, gesellschaftlicher Zusammenhalt und der Notwendigkeit einer repräsentativen Datengrundlage zusammengefasst. Damit benennen die vier Trägerorganisationen des Deutschen Psychologie Preises (Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen - BDP), die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK), die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs) und das Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation (ZPID)) zentrale Herausforderungen und empfehlen konkrete Maßnahmen.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Werkstätten für Menschen mit Behinderungen erhalten in der Corona-Krise zielgerichtete Hilfen**

Viele Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, sind in den letzten Wochen durch die Folgen der Corona-Pandemie in finanzielle Bedrängnis geraten. Denn ihr Arbeitsentgelt hängt von den Einnahmen ab, die die Werkstatt erwirtschaftet. Das Bundeskabinett hat deshalb wichtige Änderungen in der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung beschlossen. Deren Ziel ist es, die Entgelteinbußen von Werkstattbeschäftigten zumindest teilweise zu kompensieren.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Überbrückungshilfen auch für Inklusionsbetriebe**

Die Bundesregierung hat die vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie sowie vom Bundesminister der Finanzen vorgelegten Eckpunkte für ein Programm "Überbrückungshilfe für kleine und mittelständische Unternehmen, die ihren Geschäftsbetrieb im Zuge der Corona-Krise ganz oder zu wesentlichen Teilen einstellen müssen" beschlossen. Ziel der Überbrückungshilfe ist es, kleinen und mittelständischen Unternehmen und Organisationen, die ihre Geschäftstätigkeit in Folge der Corona-Krise vollständig oder zu wesentlichen Teilen einstellen mussten, für die Monate Juni bis August 2020 eine weitergehende Überbrückungshilfe zu gewähren und so ihre Existenz zu sichern.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Fach- und berufspolitische Informationen

- **Masernschutzgesetz: Weitere Informationen zur Nachweispflicht für Psychotherapeut*innen**

Der Paritätische Gesamtverband berichtet über eine weitere Klärung, die in bislang noch offen gebliebenen Fragstellungen zur Nachweispflicht in Bezug auf das Masernschutzgesetz erreicht werden konnte. Seit März 2020 gilt in Deutschland das Masernschutzgesetz. Allerdings blieb lange unklar, ob interdisziplinäre Frühförderstellen, medizinische Behandlungszentren für erwachsene Menschen mit Behinderung, ambulante Rehabilitationseinrichtungen für psychisch erkrankte Menschen und sozialpsychiatrische Dienste von der Nachweispflicht eines Masernschutzes betroffen sind. Auf Nachfrage der behindertenpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, Corinna Rüffer, gibt das Bundesgesundheitsministerium nun Antworten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Alle Krebsregister sind erfolgreich aufgebaut**

Der Aufbau der 18 Krebsregister verlief holprig. Bis zum ersten Fristende am 31. Dezember 2017 hatte keines die 43 Förderkriterien für eine Finanzierung durch die Krankenkassen erfüllt. Es folgten zwei Aufschübe, zunächst bis Ende 2018, dann bis Ende 2020. Baden-Württemberg vermeldet nun Vollzug. Auch in den anderen Bundesländern scheint es gut auszusehen.

Und so funktioniert es laut Deutschem Krebsforschungszentrum (DKFZ): Die Ärzt*innen melden die Angaben zu Diagnose, Behandlung und Verlauf von Krebserkrankungen in verschlüsselter Form an die Vertrauensstelle bei der Deutschen Rentenversicherung. Diese vergibt eindeutige Fallnummern, entfernt den Personenbezug und leitet die Daten an die Klinische Landesregisterstelle (KLR) bei der Landeskrankenhausgesellschaft weiter. Die an die KLR angeschlossene Geschäftsstelle Qualitätskonferenzen analysiert die regionale und einrichtungsbezogene Versorgungsqualität und bewertet diese Ergebnisse im Hinblick auf eine weitere Verbesserung der onkologischen Versorgung. Das Epidemiologische Krebsregister am DKFZ untersucht die Daten in Bezug auf Krebserkrankungen, führt klinisch-epidemiologische Forschung durch und kann die anonymisierten Daten der Wissenschaft zur Verfügung stellen. Das Register soll auch die Rückkopplung zu den meldenden Ärzt*innen gewährleisten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Jahresbericht 2019 der Schlichtungsstelle BGG**

Die Schlichtungsstelle nach § 16 des Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (BGG) hat die Aufgabe, Konflikte zwischen Menschen mit Behinderungen und öffentlichen Stellen

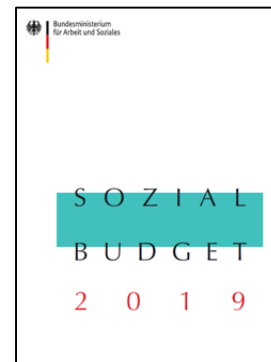
des Bundes zu lösen. Die Schlichtungsstelle erstellt jährlich einen Jahresbericht mit einem Überblick zu den durchgeführten Schlichtungsverfahren. Seit gut drei Jahren hilft die Schlichtungsstelle niedrigschwellig, persönlich und kostenfrei. Der jetzt vorliegende dritte Jahresbericht der Schlichtungsstelle BGG macht deutlich, dass sich das außergerichtliche Schlichtungsverfahren im Jahr 2019 weiter etablieren konnte. Mit insgesamt 177 Anträgen lag die Zahl sogar um gut 30 % über dem Durchschnitt der vorherigen Jahre. Die Schlichtungsstelle kann von Menschen mit Behinderungen eingeschaltet werden.

Den Jahresbericht von 2019 gibt es auch in Deutscher Gebärdensprache und Leichter Sprache. [Hier](#) geht es zum Jahresbericht.

- **Suizidassistenten: Patientenschützer*innen machen Bundestag Vorschlag zur Neuregelung**
Patientenschützer*innen haben am 24. Juni 2020 dem Bundestag eine Neuregelung der organisierten Suizidassistenten vorgeschlagen. Denn nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Suizidassistenten im Februar dieses Jahres gibt es gesetzlichen Handlungsbedarf. Dazu erklärt der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch: "Geschäftsmäßige Hilfe zum Suizid ist mit der Verfassung vereinbar. Deshalb kann organisierte Unterstützung bei der Selbsttötung nicht grundsätzlich verboten werden. Zwar ist der Sozialstaat gefordert, mit Würde wahrer Pflege, Palliativmedizin, Hospizarbeit und Psychotherapie überzeugende Alternativen anzubieten. Doch soziale Angebote werden nicht alle Suizidwilligen umstimmen. (...)"
Die Pressemeldung finden Sie [hier](#).

- **Paritätischer Gesamtverband fordert menschenwürdige, sanktionsfreie und bedarfsdeckende Grundsicherung und startet gemeinsame Infokampagne**
Sanktionsfrei e.V. und der Paritätische Wohlfahrtsverband starten eine gemeinsame Infokampagne unter dem Motto „HartzFacts“, um Vorurteile gegenüber Hartz IV-Beziehenden auszuräumen. Ziel ist es, Betroffenen den Rücken zu stärken und politischen Druck aufzubauen für eine menschenwürdige Grundsicherung. Die beiden Organisationen fordern eine Abschaffung der Sanktionen und die deutliche Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung auf ein bedarfsgerechtes Niveau von mindestens 600 Euro.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).

- **Sozialbudget 2019**
Mit dem Sozialbudget 2019 liefert das BMAS turnusgemäß einen Überblick über das Leistungsspektrum und die Finanzierung der sozialen Sicherung in Deutschland. Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im Jahr 2019 insgesamt rund 1.040,3 Mrd. Euro für soziale Leistungen ausgegeben. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 4,5 Prozent, während das nominale Wirtschaftswachstum mit einem Plus von 2,7 Prozent geringer ausfiel. Das Verhältnis von Sozialleistungen zum Bruttoinlandsprodukt – die Sozialleistungsquote – fällt deshalb mit 30,3 Prozent um 0,5 Prozentpunkte höher aus als im Vorjahr.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



- **Überwachungsstelle des Bundes für Barrierefreiheit von Informationstechnik (BFIT) jetzt online**
Die Internetseite der unabhängigen Prüfstelle für die digitale Barrierefreiheit von öffentlichen Stellen des Bundes ist am 24. Juni 2020 online gegangen. Die Prüfstelle, kurz BFIT, soll die Einhaltung der EU-Richtlinie 2016/2102 erleichtern. Die Richtlinie regelt den gleichberechtigten barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderungen zu Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen. Menschen mit Behinderungen nutzen sehr häufig Hilfsmittel, die den Zugang zur digitalen Welt erst möglich machen. Diese Hilfsmittel wie Screenreader, Braillezeilen, Vergrößerungssoftware, spezielle Eingabegeräte oder -software benötigen spezielle digitale Voraussetzungen, damit die Daten für ihre Nutzer*innen wahrnehmbar, verständlich und bedienbar sind.
Bis zum 23. September 2020 müssen öffentliche Stellen eine Erklärung zur Barrierefreiheit für ihre Internetseiten veröffentlichen. Auf der Webseite der Überwachungsstelle ist eine Mustererklärung hierfür abrufbar, die durch die Punkte führt, die verpflichtend angegeben werden müssen. Auch der

Feedback-Mechanismus für digitale Angebote (Webpräsenzen, Webseiten, Apps, Intranets sowie Extranets) wird im Downloadbereich der Website www.bfit-bund.de zur Verfügung gestellt.

- **Bundesregierung beschließt Nationale Demenzstrategie**

Das Bundeskabinett hat am 1. Juli 2020 die Nationale Demenzstrategie verabschiedet. In einem breiten Bündnis macht sich die Bundesregierung damit auf den Weg, Deutschland demenzfreundlich zu gestalten. Zusammen mit den Partnern soll im September der Startschuss gegeben werden, dann beginnt die konkrete Umsetzung, 2026 wird Bilanz gezogen.

In einem gemeinsamen Statement betonten Bundesgesundheitsministerin Dr. Franziska Giffey, Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und Bundesforschungsministerin Anja Karliczek: „Deutschland altert und immer mehr Menschen erkranken an Demenz. Derzeit sind es 1,6 Millionen, 2050 könnte die Zahl bei 2,8 Millionen Menschen liegen. Darauf müssen wir Deutschland vorbereiten, das tun wir mit der Nationalen Demenzstrategie. Die Krankheit geht uns alle an. Darum haben wir in einem breiten Bündnis mit der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, den Ländern und Kommunen, den Verbänden des Gesundheitswesens und der Pflege, den Sozialversicherungsträgern, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft konkret erarbeitet, wie wir Deutschland demenzfreundlich machen.“

[Zur vollständigen gemeinsamen Pressemitteilung von BMFSFJ, BMG und BMBF](#)
[Zur Homepage der Nationalen Demenzstrategie](#)

- **Empowermentarbeit mit geflüchteten Frauen – Bedarfe, Praxisansätze und Handlungsempfehlungen**

Wir möchten gerne auf die neue Publikation des Paritätischen Gesamtverbands zum Thema „Empowermentarbeit mit geflüchteten Frauen“ hinweisen.

Ausgehend von einem Überblick über die Lebensbedingungen und aktuellen Herausforderungen im Aufnahme- und Integrationsprozess in Deutschland, zeigt sie konkrete Bedarfe geflüchteter Frauen auf und stellt diesbezüglich gelungene Praxisansätze aus der Unterstützungsarbeit mit geflüchteten Frauen vor. Daraus werden zentrale Erkenntnisse abgeleitet und als praktische Tipps und Impulse in Form von Handlungsempfehlungen für die (weitere) Arbeit mit geflüchteten Frauen gegeben.

Die Publikation ist [hier](#) zu finden.

- **Bundesinitiative "Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften"**

Die Seite richtet sich an alle Akteure, die zu einer bedarfsgerechten und schützenden Unterbringung von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften beitragen wollen. Neben einer Vielzahl an Materialien finden Sie Informationen über die Aktivitäten der Bundesinitiative.

Die Bundesinitiative Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften wurde im Jahr 2016 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden und weiteren Akteuren ins Leben gerufen. Sie versteht sich als Netzwerk von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die Überzeugung eint, dass geflüchtete Menschen in Flüchtlingsunterkünften den Schutz und die Unterstützung erhalten müssen, die sie für ein gutes Ankommen in Deutschland benötigen.

[Hier](#) gelangen Sie zu der Seite.

- **Weibliche Genitalverstümmelung - Terre des Femmes verzeichnet Anstieg**

Fast 75.000 Frauen sind in Deutschland Opfer von Genitalverstümmelung. Das geht aus der Dunkelzifferstatistik 2020 von Terre des Femmes – Menschenrechte für die Frau hervor. Knapp über 20.000 Mädchen sind von einem Eingriff bedroht. Die Organisation fordert, dass Fachkräfte aus dem sozialen und medizinischen Bereich flächendeckend zu diesem Thema geschult werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Rechtsextreme Rückzugsräume: Neuer Podcast der Bundeszentrale für politische Bildung**

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat einen neuen Podcast »Rechtsextreme Rückzugsräume« gestartet. In zwölf Folgen beleuchten sie unterschiedliche Absetzungstendenzen von Teilen des rechtsextremen Spektrums, etwa von Reichsbürgern, völkischen Siedlern, rechtsextremen »Preppern« oder im digitalen Raum. Der Podcast ist sowohl auf www.bpb.de/podcastrex2020 als auch Spotify kostenlos verfügbar. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Neue forsa-Zahlen zur Wahrnehmung von Hassrede im Netz**

14- bis 24-Jährige wirken besonders engagiert und zugleich gelassen im Umgang mit Hassrede. Hassrede im Netz bleibt ein gesamtgesellschaftliches Problem. Ihre Wahrnehmung ist von 2016 bis 2018 gestiegen und bleibt seither unverändert hoch (2020: 73 %). Die Altersgruppe der 14- bis 24-Jährigen begegnet Hassrede dabei überdurchschnittlich häufig. 94 Prozent der jungen Befragten geben an, Hassrede im Netz schon mal erlebt zu haben. Im 5-Jahresvergleich lassen sich nun deutliche Entwicklungen in der Altersgruppe der 14- bis 24-Jährigen erkennen. Diese Altersgruppe ist von Hassrede am stärksten betroffen und gibt überdurchschnittlich häufig an, Hasskommentare gemeldet zu haben. Gleichzeitig nimmt das Entsetzen über Hasskommentare ab.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- IT-Sicherheitsgefälle in Deutschland**

Bereits im siebten Jahr untersucht die Verbraucherstudie von „Deutschland sicher im Netz“ (DsiN) die digitale Sicherheitslage von Internetnutzenden in Deutschland. Die aktuelle Ausgabe, vorgestellt am 25. Juni 2020, zeigt: Es gibt Nachholbedarfe bei digitaler Aufklärung. Insgesamt verbesserte sich die digitale Sicherheitslage für Verbraucher*innen leicht: Im Vergleich zum Vorjahr stieg der DsiN-Index 2020 um 0,5 Indexpunkte auf 62,8 Punkte an. Damit wächst der Wert im zweiten Jahr in Folge. Trotz der verbesserten Sicherheitslage fühlen sich Verbraucher*innen in diesem Jahr nicht sicherer im Netz. Das Verunsicherungsgefühl stieg um 0,9 Punkte auf 29,6 Punkte an. Es erreichte damit seinen bisher höchsten Wert seit Beginn der Erhebung in 2014.
- Beispiele für inklusive Arbeitsplätze in anderen Ländern**

Mit dem Ziel, Best-Practice-Beispiele im Ausland zu identifizieren, die Barrieren in Unternehmen der Privatwirtschaft abzubauen und dadurch den Zugang von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern, wurde die Studie „Umfrage Inklusion in anderen Ländern - International vergleichende Studie zur Barrierefreiheit in Unternehmen“ durchgeführt. Die Beispiele sollen unter anderem Unternehmen und deren Verbände zur Förderung der vorausschauenden Barrierefreiheit in den Betrieben als Anregung zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Mehr Personal für Psychiatrie und Psychosomatik – Öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestags**

Politiker*innen des Deutschen Bundestages haben sich am 15. Juni 2020 noch einmal mit dem unzureichenden Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) zur Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik (PPP-Richtlinie) befasst. „Es ist gut, dass der gravierende Personalmangel insbesondere in psychiatrischen Krankenhäusern und Stationen noch einmal öffentlich Thema wird“, betonte Dr. Dietrich Munz, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK). „Entgegen der einhelligen Meinung von Expert*innen hat der G-BA die Personalausstattung in den Kliniken nicht bedarfsgerecht angepasst.“

Eine Petition des Bundesverbands der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BApK) hatte im Dezember das notwendige Quorum von mehr als 50.000 Unterschriften für eine öffentliche Anhörung vor dem Petitionsausschuss erreicht. Die Petentin fordert den Bundestag auf, kurzfristig geeignete Maßnahmen zur Korrektur der PPP-Richtlinie zu treffen. Nur so könne erreicht werden, dass in den psychosomatischen und psychiatrischen Kliniken flächendeckend und in allen Altersgruppen ausreichend Personal und genügend Zeit für eine gute Behandlung zur Verfügung stehen. In Bezug auf die Psychotherapie hat der Gesetzgeber bereits reagiert. Die PPP-Richtlinie soll bis zum 30. September 2020 um Vorgaben zur Anzahl von Psychotherapeut*innen je Krankenhausbett ergänzt werden. Dieser Auftrag muss nun fristgerecht erledigt werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Neue Bewerbungsrunde für „Barrierefreie Städte“**

Am 9. Juni 2020 hat die Europäische Kommission den Wettbewerb für den 11. „Access City Award“ gestartet. Städte in der gesamten EU können sich ab sofort bis zum 9. September 2020 bewerben. Mit dem „Access City Award“ werden die Initiativen einer Stadt gewürdigt, barrierefreier zu werden und dafür zu sorgen, dass alle Einwohner*innen – unabhängig von Alter oder Mobilität – den gleichen Zugang zu allen Ressourcen und Freizeitangeboten haben.

Für 2020 wird erwartet, dass es EU-weit 120 Mio. Menschen mit Behinderung geben wird. Die Bevölkerung wird zudem immer älter.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kinder und Jugendliche

- **G-BA-Beschluss: Schutzkonzepte für Kinder und Jugendliche in medizinischen Einrichtungen künftig Teil des Qualitätsmanagements**

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat am 16. Juli 2020 in einer Pressemeldung bekannt gegeben, dass die Qualitätsmanagement-Richtlinie ergänzt wurde. Das Ziel ist es, Missbrauch und Gewalt insbesondere gegenüber Kindern und Jugendlichen oder hilfsbedürftigen Personen in medizinischen Einrichtungen vorzubeugen, zu erkennen, adäquat darauf zu reagieren und zu verhindern. Die Richtlinie legt grundsätzliche Anforderungen an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement für Vertragsärzt*innen, Vertragspsychotherapeut*innen, medizinische Versorgungszentren, Vertragszahnärzt*innen sowie zugelassene Krankenhäuser fest.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Bundesjustizministerin stellt Reformpaket zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder vor**

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht hat am 1. Juli 2020 Vorschläge zum Schutz von Kindern durch schärfere Strafen, effektive Strafverfolgung, Prävention und Qualifizierung der Justiz vorgestellt: „Mit den erschütternden sexualisierten Gewalttaten, die in den letzten Wochen aufgedeckt wurden, wurde Kindern unermessliches Leid zugefügt. Ihr Vertrauen, sicher und geborgen leben zu können, wurde auf das Schlimmste verletzt. Angesichts der Dimension dieser systematisch organisierten Gräueltaten müssen wir ein ganz klares Signal aussenden, dass der Schutz unserer Kinder oberste Priorität hat und die Täter mit aller Konsequenz verfolgt und bestraft werden.

Kein Täter darf sich vor Entdeckung sicher fühlen. Der Verfolgungsdruck muss deshalb massiv erhöht werden. Das schreckliche Unrecht dieser Taten muss auch im Strafmaß zum Ausdruck kommen. Ich will, dass sexualisierte Gewalt gegen Kinder ohne Wenn und Aber ein Verbrechen ist. Gleiches gilt für Kinderpornografie, mit der diese widerlichen Taten gefilmt und verbreitet werden. Wer mit der Grausamkeit gegen Kinder Geschäfte macht, soll künftig mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft werden können.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern**

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson hat am 10. Juni 2020 eine europäische Strategie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern angekündigt. Dazu gehören mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit, eine bessere technologische Ausstattung der Polizei, die Einbindung von Internetunternehmen und mehr Expertise bei der Verschlüsselung.

Innenkommissarin Johansson wies auf die starke Zunahme von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet hin: „In den letzten zehn Jahren hat der sexuelle Missbrauch von Kindern im Internet weltweit exponentiell zugenommen: von einer Million Meldungen über Material von sexuellem Kindesmissbrauch im Jahr 2010 auf 17 Mio. im Jahr 2019. Zur gleichen Zeit stiegen in Europa die Meldungen über Online-Material von sexuellem Kindesmissbrauch von 23.000 auf 800.000“. Europa sei damit weltweit ein bedeutender Tatort.

Die Kommissarin kündigte eine europäische Strategie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern an: „Die Mitgliedstaaten sollten über spezialisierte Polizeieinheiten zur Bekämpfung von Missbrauch und über Teams verfügen, die sich mit der Identifizierung der Opfer befassen. Wenn die Missbrauchstäter Spitzentechnologie einsetzen können, kann die Polizei nicht dahinter zurückbleiben. Wir werden die nationalen Polizeikräfte dabei unterstützen, mit der Technologie Schritt zu halten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **BZgA-Forschungsbericht: Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2019**

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) untersucht regelmäßig mit wiederholten, repräsentativen Querschnittsbefragungen den Konsum legaler und illegaler Substanzen Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland. Die jüngste dieser Studien ist die Drogenaffinitätsstudie 2019. Der vorliegende Bericht beschreibt auf Grundlage dieser Studie die aktuelle Situation des Konsums legaler und illegaler Drogen durch junge Menschen in Deutschland im Jahr 2019. Außerdem werden – aufbauend auf vorherigen Studien – Trendverläufe dargestellt und Veränderungen im Substanzkonsum untersucht.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

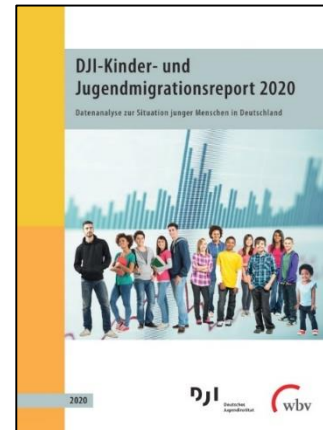
- **DJI-Kinder- und Jugendmigrationsreport 2020**

Mehr als ein Drittel aller Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren in Deutschland hat einen Migrationshintergrund (34 Prozent im Jahr 2017). In vielen westdeutschen Ländern liegt dieser Wert inzwischen bei über 40 Prozent; in manchen Großstädten hat jedes zweite Kind eine Zuwanderungsgeschichte. Mit welchen Herausforderungen das Aufwachsen dieser jungen Menschen in Deutschland verbunden ist, zeigt der DJI-Kinder- und Jugendmigrationsreport 2020, für den das Deutsche Jugendinstitut (DJI) die Daten amtlicher Statistiken und repräsentativer Surveys ausgewertet hat.

Die Ergebnisse für den Bildungsbereich zeigen: Während für viele Neuzugewanderte geringe Kenntnisse der deutschen Sprache und des hiesigen Kita-, Schul- und Ausbildungssystems zunächst große Hürden darstellen, hat ein Großteil der zweiten und dritten Migrationsgeneration zunehmend Erfolg in Schule und Ausbildung. Doch auch sie haben im deutschen Bildungssystem immer noch Nachteile gegenüber jungen Menschen ohne Migrationshintergrund.

Dass Migrant*innen der zweiten und dritten Generation an verschiedenen Stellen des Bildungssystems, etwa bei den Schulabschlüssen und beim Übertritt ans Gymnasium immer noch schlechter abschneiden als Menschen ohne Migrationshintergrund, lässt sich in erster Linie auf nachteilige familiäre Herkunftsmerkmale zurückführen, beispielsweise niedrigere Bildungsabschlüsse der Eltern, eine andere Familiensprache als Deutsch und eine schlechtere finanzielle Lage der Familie. Der Migrationshintergrund selbst ist also oft gar nicht der ausschlaggebende Faktor; das belegen zahlreiche Studien, die dem Migrationsreport vorangegangen sind.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Angestellte

- **Save the date: Tag der Angestellten – DGVT-BV und VPP im BDP laden gemeinsam ein Samstag, 10. Oktober 2020, 13.00 bis 17.00 Uhr**

Die kostenfreie Veranstaltung findet live statt und kann auch virtuell besucht werden. Tagungsort: Internationales Begegnungszentrum München.

Moderation: Heiner Vogel, Landessprecher Bayern DGVT/DGVT-BV.

Themen (u.a.):

- Auswirkungen und weitere Entwicklung der PPP-Richtlinie und des PsychThG für Psycholog*innen, Psychotherapeut*innen, PiAs
- Tarifliche Eingruppierung von Psycholog*innen, PP, KJP und PiAs

Eine detaillierte Einladung mit den Angaben zum Anmeldeverfahren folgt.

- **DGVT-BV-Info: Fortbildungsnachweise für PP/KJP im Krankenhaus - Einreichfrist um 9 Monate verschoben**

Im Krankenhaus tätige Psychologische Psychotherapeut*innen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen (Beschluss richtet sich auch an im Krankenhaus tätige Fachärzt*innen) bekommen neun Monate mehr Zeit zum Einreichen ihrer Fortbildungsnachweise. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) reagiert mit der Fristverschiebung darauf, dass durch die Kontaktbeschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie keine oder nur sehr wenige Fortbildungen stattfinden konnten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Niedergelassene

- **DGVT-BV-Info zum „Notfalldatenmanagement“ – Neuerungen für Vertragspsychotherapeut*innen kommen in der 2. Jahreshälfte 2020**

Die Telematikinfrastruktur (TI) sieht neben dem Stammdatenabgleich eine Reihe von weiteren Funktionen vor, die das Gesundheitsmanagement unserer Patient*innen digitalisiert. Es geht dabei darum, dass Leistungserbringer*innen, die an der Patienten*innenversorgung beteiligt sind, in einem medizinischen Notfall wichtige notfallrelevante Informationen direkt von der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) abrufen können. Diese werden Zug um Zug in den Praxen eingeführt und auf diese Weise in den nächsten Jahren stetig erweitert. Wir möchten Sie hiermit über die Anwendungen informieren, die voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2020 zur Verfügung stehen werden.

Die ausführliche DGVT-BV-Info finden Sie abgelegt im internen Mitgliederbereich des DGVT-Berufsverbands (<https://www.dgvt-bv.de/mitgliederbereich/>) unter der Rubrik Niedergelassene/Telematik.

- **KBV: Praxen sollen sich auf weitere digitale Anwendungen der TI vorbereiten**

Die ersten medizinischen Anwendungen in der Telematikinfrastruktur sollen noch in diesem Jahr bereitstehen. Vor diesem Hintergrund hat KBV-Vorstandsmitglied Dr. Thomas Kriedel an alle Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen appelliert, sich rechtzeitig um die nötige Technik und um einen elektronischen Heilberufsausweise zu kümmern.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

(Bitte lesen Sie hierzu auch unsere Info zum Notfalldatenmanagement in diesem Newsletter. Die Psychotherapeutenkammern bereiten derzeit noch die Ausgabe der Heilberufsausweise vor. Die Psychotherapeutenkammer Niedersachsen bspw. informiert (Eintrag vom 30.06.2020 auf ihrer Homepage): „Der Heilberufsausweis kommt. Wir stehen dazu im Austausch mit den anderen Landeskammern, der Bundeskammer sowie unseren Dienstleistern. Sobald das Verfahren zur Beantragung steht informieren wir Sie darüber.“)

- **Papier-Rezept auch für digitale Anwendungen („Apps auf Rezept“)**

Mit dem Digitale-Versorgung-Gesetz legte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) im Dezember 2019 den Grundstein für die App auf Rezept. Gut ein halbes Jahr danach prüft das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) die ersten Anträge von Herstellern. Letztere haben sich mit den Kassen nun auch auf einen Verschreibungsweg geeinigt. Damit Ärzt*innen keine neue Software in ihren Praxen installieren müssen und für sie kein Mehraufwand entsteht, bleibt das klassische Muster 16 aus Papier auch für die Verschreibung Digitaler Gesundheitsanwendungen (DiGA) das Rezept der Wahl, zumindest für den Anfang, erläutern Kassen- und Herstellervertreter bei einer Veranstaltung im Health Innovation Hub des Bundesgesundheitsministeriums. Auf lange Sicht sei jedoch ein volldigitales Verfahren gewünscht.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Elektronische Patientenakte kommt – Was gibt es zu beachten?**

Mit dem Patientendaten-Schutzgesetz nimmt die elektronische Patientenakte nach und nach Form an. Das im Vorfeld kontrovers diskutierte Gesetz wurde vorige Woche vom Bundestag verabschiedet und soll im September dieses Jahres in Kraft treten.

Im PDSG ist unter anderem geregelt, dass Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen – anders als zunächst vorgesehen – nur die im Bezug des aktuellen Behandlungsfalls erhobenen Patientendaten in der ePA eintragen und nicht sämtliche bereits vorhandene Daten und Befunde einspeisen müssen. Dafür hatte sich die KBV im Vorfeld vehement eingesetzt.

Was für Praxen besonders relevant ist, fassen die KBV-PraxisNachrichten zusammen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **DGVT-BV-Info: Sonderregelungen zur Videosprechstunde und weitere neue Regelungen für Vertragspsychotherapeut*innen ab 1. Juli 2020**

Die Sonderregelungen zur Videosprechstunde wurden von den Krankenkassen und der KBV für das Quartal 3-2020 erfreulicherweise verlängert und gelten nun nochmals bis zum 30. September 2020.

Bis zum 30. September 2020 gelten weiterhin folgende Regelungen:

- Psychotherapeut*innen dürfen während der Corona-Krise neben Einzeltherapiesitzungen auch Psychotherapeutische Sprechstunden und probatorische Sitzungen (auch neuropsychologische Therapie) im Ausnahmefall auch per Video durchführen. Ausnahmefälle sind, wenn z.B. ein Aufsuchen der Praxis dem/der Patient*in nicht zumutbar ist. Die Verlängerung der Sonderregelung gilt für das gesamte dritte Quartal, also bis einschließlich 30. September. Bis dahin dürfen Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen unbegrenzt per Videosprechstunde behandeln. Für Psychotherapeut*innen gilt jedoch unverändert: Der Videobehandlung muss ein persönlicher Ärzt*innen-Patient*innen-Kontakt zur Eingangsdiagnostik, Indikationsstellung und Aufklärung vorausgehen (Berufsrecht).
- Die Begrenzung der Videosprechstunden auf 20 Prozent der Gesamtbehandlungen bleibt weiterhin ausgesetzt (betrifft behandlungsfall- und leistungsbezogene Begrenzungen bei der Durchführung der Videosprechstunde durch Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen).
- Gruppentherapie kann weiterhin unbürokratisch in Einzeltherapie umgewandelt werden: für je eine bewilligte Gruppensitzung (100 Min.) darf je eine Einzelsitzung durchgeführt werden (50 Min.). Eine formlose Anzeige bei der Krankenkasse ist ausreichend.
- Sozialpsychiatrie: Videogestützte Maßnahmen einer funktionellen Entwicklungstherapie dürfen durch qualifizierte Mitarbeiter*innen durchgeführt werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Information zum Thema Hygienepauschale im Rahmen von PKV und Beihilfe**

Die Regelungen der PKV und Beihilfe zum erhöhten Hygieneaufwand aufgrund der Corona-Situation sind auch für Psychotherapeut*innen und nicht nur für Ärzt*innen gültig (um finanzielle Belastungen der Praxen durch Ausgaben z. B. für Schutzkleidung, Desinfektionsmittel, aber auch für räumliche Schutzmaßnahmen wie Plexiglas-Trennscheiben abzufedern).

Sie können bis zum 31. Juli 2020 für jeden unmittelbaren Arzt/Psychotherapeuten-Patienten-Kontakt einen Betrag in Höhe von 14,75 Euro für erhöhten Hygieneaufwand abrechnen. Das heißt konkret: GOÄ 245 analog für jeden persönlichen Kontakt mit jedem/jeder Patient*in seit 05. Mai 2020 (auch rückwirkend noch berechnungsfähig) bis 31. Juli 2020.

Wichtig: Bahn- und Postbeamtenkasse sind nicht an diese Regelung gebunden! Nur reine Privatkassen und Beihilfe.

[Hier](#) finden Sie eine gute Zusammenfassung der aktuell geltenden Regelungen:

Video- und Telefonbehandlung:

Die weiteren Sonderregelungen sind teils nur bis zum 30. Juni 2020 gültig. Dies bezieht sich insbesondere auf die wichtige Sonderregelung zur Videosprechstunde – wir werden hier zeitnah berichten und bei den zuständigen Institutionen (insbesondere PKV-Verband) nachhaken.

Stand 25. Mai 2020: Sonderregeln für Privatversicherte während der Corona-Pandemie

Versicherte der privaten Krankenversicherung können während der Corona-Pandemie unbürokratisch per Videotelefonat psychotherapeutisch behandelt werden. Darauf haben sich Bundesärztekammer, Bundespsychotherapeutenkammer, Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) und Beihilfe in einer gemeinsamen Abrechnungsempfehlung verständigt. Diese Sonderregelung ist zunächst bis zum 30. Juni 2020 befristet. Versicherte, die in ihren Verträgen auch psychotherapeutische Leistungen vereinbart haben, können aufgrund dieser Regelung darauf verzichten, vorab die Genehmigung ihrer Krankenkasse einzuholen.

Außerdem sind darüber hinaus längere telefonische Beratungen möglich. Innerhalb eines Kalendermonats können bis zu viermal 40-minütige telefonische Beratungen erstattet werden. Diese Regelung basiert auf einer Empfehlung der Bundesärztekammer, der die private Krankenversicherung allerdings bereits zugestimmt hat. Sie ist zunächst befristet bis zum 31. Juli 2020.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Fachärzt*innen geben Privatversicherten schneller einen Termin als Kassenpatient*innen**
Die FAZ berichtete am 26. Juni 2020: Privatversicherte warten weniger als zwölf Werktage auf einen Facharzttermin, Kassenpatient*innen hingegen 25. Ärztevertreter*innen sehen darin kein Problem. Die Forscher*innen stellten eine „systematische Patient*innenauswahl“ der Ärzt*innen fest. Forscher*innen des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen stellten dies in einer Studie „strukturelle Ungleichheiten beim Zugang zum Gesundheitssystem“ fest, nachdem sie bei knapp tausend Arztpraxen in ganz Deutschland unter einem Vorwand Termine angefragt hatten. Wenn sich die Forscher*innen am Telefon als Privatpatient*innen ausgaben, bekamen sie nicht nur häufiger einen Termin angeboten als die vermeintlichen Kassenpatient*innen, sie mussten darauf auch nur halb so lange warten.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kostenerstattung

- **Kassenwatch-Video: In einer Minute erklärt – Schnelle und kompetente Hilfe in der Kostenerstattung**
In unserem aktuellen Erklär-Video erfahren Sie alles Wichtige über die Möglichkeiten, die Kassenwatch im Praxis-Alltag bietet. Das Video gibt einen kurzen Überblick über den Kern von Kassenwatch:
 - Hilfe in der Kostenerstattung
 - Formular- und Textarchiv
 - Interaktion mit einer professionellen Community
 - Aktuelle Neuigkeiten rund ums Thema Kostenerstattung**Kassenwatch**
 - Tragen Sie Fälle ein und erhalten Sie tatkräftige Unterstützung. Mit der Suchfunktion finden Sie heraus, ob andere Mitglieder Ihr Problem bereits kennen und gelöst haben. Oder Sie beobachten einen bestehenden Eintrag, der Ihre Frage behandelt und nehmen an der Diskussion teil.



Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag

- **Kleine Anfrage der Fraktion der FDP: Mängel in der Umsetzung der Psychotherapeutenausbildungsreform**
Mit ihrer Kleinen Anfrage vom 10. Juli 2020 stellt die Fraktion der FDP dar, dass noch viele Fragen zum Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz ungeklärt sind. Bereits im Wintersemester dieses Jahres soll der neue Approbationsstudiengang beginnen, obwohl nach Auffassung der Fragesteller noch immer einige Fragen offen sind.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Stigmatisierung und Versorgungsqualität hochgewichtiger Menschen im Gesundheitswesen**
Laut des Statistischen Bundesamts waren im Jahr 2017 36,4 Prozent der Deutschen „übergewichtig“ und 16,3 Prozent „stark übergewichtig“. Der durchschnittliche Körpermasseindex (Body Mass Index, BMI) der deutschen Bevölkerung steigt seit 1999 kontinuierlich an (vgl. Gesundheitsberichterstattung des Bundes).
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVT-Fortbildung

Aufgrund der aktuellen Situation möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass es zu weiteren Absagen von Veranstaltungen kommen kann. In diesem Falle werden Sie von uns rechtzeitig informiert. Bei Fragen können Sie sich gerne an fortbildung@dgvt.de wenden. Zudem ist in den kommenden Wochen ein neuer Homepageauftritt geplant. Sollten die unten angegebenen Verlinkungen nicht mehr funktionieren, finden Sie die unten genannten Seminare unter www.dgvt-fortbildung.de



- **Zoom-Fatigue und Digital Detox – eine Balance finden**
02.09.2020 online über die Plattform „Zoom“
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Metaphern und Geschichten in Therapie und Beratung**
03.-04.09.2020 online über die Plattform „Zoom“
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Schmerzpsychotherapie – Schmerzen verstehen**
12.09.2020 in Würzburg
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Let's Play – Gesellschaftsspiele als Intervention in Therapie und Beratung**
12.-13.09.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Gruppenverhaltenstherapie**
18.09.2020 in Hannover
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paargespräche mit Eltern führen im Rahmen der KJP**
18.-19.09.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment-Therapie (ACT) – Einführung**
19.-20.09.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Paartherapie Aufbau – Fallseminar 2: Schwerpunkt „Streit- und Kampfpaaire“**
25.-26.09.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Spieltherapeutische Interventionen in der Verhaltenstherapie**
Start der Reihe: 25.09.2020 in Reutlingen
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **ACT – Einführung und Anwendung**
Start der Reihe: 26.09.2020 in Dresden
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Einführung in transgenerationale Übertragungen**
26.-27.09.2020 in Köln
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **„Fehler sind was uns fehlt“ (P. Waterhouse) – Die Bedeutung von Fehlern und Scheitern für die berufliche Entwicklung und Identität**
26.-27.09.2020 in Hamburg
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment-Therapie (ACT) – Aufbau**
09.-10.10.2020 in Stuttgart
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychotherapie ist Sprachkunst**
16.-17.10.2020 in Dortmund
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Beziehungssexualität – besser als ihr Ruf**
16.-17.10.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Schematherapie – Einführungsworkshop**
16.-17.10.2020 in Köln
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Überwindung chronischen Aufschiebeverhaltens**
24.10.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Schlafstörungen behandeln**
14.11.2020 in Bremen
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment-Therapie (ACT) und Depression**
14.-15.11.2020 in Köln
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Körperorientierte Arbeit mit Paaren zum Thema Sexualität**
20.-21.11.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Smart Therapy – Internet und APPs in der psychotherapeutischen Behandlung**
21.11.2020 in Münster
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Praktisches Know-how zur Durchführung von Gruppentherapien**
21.-22.11.2020 in Naumburg
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Motivational Interviewing – Vom Widerstand zur Kooperation**
21.-22.11.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Impact Therapy**
28.-29.11.2020 in Mannheim
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Kreative Techniken in der Psychotherapie**
28.-29.11.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie Aufbau - Fallseminar 3: Schwerpunkte Sexualität und isomorphe Interventionen**
04.-05.12.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment-Therapie (ACT) in der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie – Einführung**
11.-12.12.2020 in Hamburg
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Gruppenpsychotherapie mit Kindern und jungen Erwachsenen**
12.-13.12.2020 in Konstanz
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Hypnotherapie – Intensivkurs**
Start der Reihe 13.01.2021 in Gießen
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Gesprächsführung mit hochstrittigen Eltern und Trennungseltern**
15.-16.01.2021 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Zieloffene Verhaltenstherapie in Gruppen**
16.-17.01.2021 in Konstanz
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Zwischenmenschliche Baustellen im Therapiezimmer**
16.01.2021 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Suizidalität: Risikoabschätzung & Krisenintervention**
23.01.2021 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Erledigen statt Aufschieben – ein Seminar zum Thema Prokrastination**
28.01.2021 online über die Plattform „Zoom“
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **„Bring your family“ Würdevolle Angehörigenarbeit – Angehörige im Schatten der Betroffenenbehandlung**
23.-24.01.2021 in Hamburg
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **KIKOS 1: Klopfen mit Kindern nach PEP**
29.-30.01.2021 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVT-BV-Fortbildung

Aufgrund der aktuellen Situation möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass es zu weiteren Absagen von Veranstaltungen kommen kann. In diesem Falle werden Sie von uns rechtzeitig informiert. Bei Fragen können Sie sich gerne an fortbildung@dgvt-bv.de wenden.



- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) – für PP (Web-Seminar)**
27.08.2020 online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) – für KJP (Web-Seminar)**
02.09.2020 online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Abrechnung nach der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) – für PP (Web-Seminar)**
03.09.2020 online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) – für KJP (Web-Seminar)**
07.10.2020 online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Approbation – was nun? (regionaler Schwerpunkt in NRW)**
10.10.2020 online über die Plattform „Zoom“
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Online-Therapie und -Beratung**
14.-15.11.2020 in Düsseldorf
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) und der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) für PP**
13.11.2020 in Herdecke
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) und der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) für KJP**
25.11.2020 in Krefeld
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Wirtschaftliche Praxisführung**
27.-28.11.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychotherapie in der Kostenerstattung (Web-Seminar)**
19.01.2021, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – Tagungen

Aufgrund der aktuellen Situation möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass es zu weiteren Absagen von Veranstaltungen kommen kann. In diesem Falle werden Sie von uns rechtzeitig informiert. Bei Fragen können Sie sich gerne an fortbildung@dgv.de wenden. Zudem ist in den kommenden Wochen ein neuer Homepageauftritt geplant. Sollte die unten angegebene Verlinkung nicht mehr funktionieren, finden Sie die unten genannte Tagung unter www.dgv.de/fortbildung.de !

- **DGVT-Online-Tagung: 8. Tagung Psychotherapie-State-of-the-Art**
Thema: Was uns bewegt? Emotionen!
12.09.2020 online über die Plattform „Zoom“
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Online-Veranstaltung der DGVT-Fachgruppe Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie**
Thema: Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie in schwierigen Zeiten
07.11.2020 online über die Plattform „Zoom“
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Interaktive Fortbildung

Kommen Sie Ihrer Fortbildungsverpflichtung flexibel und zeitsparend mit der [Interaktiven Fortbildung](#) nach. Online Fachartikel lesen und Fortbildungspunkte bei erfolgreicher Lernerfolgskontrolle (Multiple Choice-Fragen) erhalten.

In den kommenden Wochen ist ein neuer Homepageauftritt geplant. Sollte die unten angegebene Verlinkung nicht mehr funktionieren, finden Sie den unten genannten Artikel unter www.dgvt-fortbildung.de

- **Spüre, dass du lebst! Nichtsuizidale Selbstverletzungen im Jugend- und jungen Erwachsenenalter**

Tina In-Albon

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Newsletter abbestellen

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, senden Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Newsletter nein“ an dgvt@dgvt.de oder klicken Sie [hier](#).

IMPRESSUM

Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) e. V. | Corrensstr. 44/46 | 72076 Tübingen
Telefon: 07071 9434-0 | Telefax: 07071 9434-35 | E-Mail: dgvt@dgvt.de | Internet: www.dgvt.de Vertreten durch: Oliver Kunz und Wolfgang Schreck (geschäftsführender Vorstand der DGVT)
Registereintrag: Eingetragen im Vereinsregister,
Registergericht: Stuttgart, Register-Nr.: VR 380626

Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie – Berufsverband Psychosoziale Berufe (DGVT-BV) e. V.
Corrensstr. 44 | 72076 Tübingen
Telefon: 07071 9434-10 | Telefax: 07071 9434-35 | E-Mail: info@dgvt-bv.de | Internet: www.dgvt-bv.de
Vertreten durch: Oliver Kunz und Wolfgang Schreck (geschäftsführender Vorstand des DGVT-BV)
Registereintrag: Eingetragen im Vereinsregister,
Registergericht: Stuttgart, Register-Nr.: VR 381891

[Datenschutzerklärung DGVT](#) | [Datenschutzerklärung DGVT-Berufsverband](#)